



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bahnpolitik der Schwerinischen Regierung der Fall, welche neulich so eingehend und von kundiger Hand in Ihrem Journal erörtert worden.

Schließlich möge die Thätigkeit erwähnt werden, welche ein auf Anregung von Moritz Wiggers zu Rostock im Anschluß an den Berliner Centralverein so eben constituirter Verein zur Förderung der binnenländischen Schifffahrt entwickelt. Zunächst handelt es sich um die Herstellung des Wasserweges zwischen Berlin und Rostock durch Verbindung der Havel und Warnow, in zweiter Linie wird die Wiederherstellung des von Wallenstein aus dem Schweriner See nach Wismar geführten Canals genannt. In dem see- und flußreichen Mecklenburg eröffnet sich in dieser Hinsicht ein weites Feld für erfolgreiche Thätigkeit. Hoffentlich werden die Stände, wenn es sich um die Unterstützung derartiger Unternehmungen aus Landesmitteln handelt, — vorausgesetzt daß die Landeshilfe überhaupt beansprucht wird, — nicht den im vorigen Jahre eingenommenen Standpunkt behaupten, von dem aus sie bei der jetzigen Finanzlage des Landes zu solchen Zwecken kein Mittel entdecken zu können erklärten. Die finanzielle Lage des Landes erscheint allerdings als zerrüttet, wenn man auf die bisherigen Einnahmequellen desselben blickt, eben die Contributionen: sie erscheint aber nicht zerrüttet, wenn man auf die Steuerkraft des Landes und dessen Domainenreichthum blickt; es gilt nur die Mittel zu rationeller Verwerthung der Steuern aufzufinden, d. h. ein correctes Steuerhystem zu schaffen.

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses.

× Obgleich der Wechsel im preussischen Finanzministerium sich erst in den letzten Tagen des abgelaufenen Monats vollzogen und kaum Zeit gehabt hat auch nur die äußeren Grenzen seines Einflusses auf die innere Politik des Staates zu bezeichnen, hat es schon gegenwärtig den Anschein, als werde diese Ministerial-Veränderung für die Phsyonomie des heurigen parlamentarischen Winterfeldzuges entscheidend sein. Bei Eröffnung der Session concentrirte sich die Aufmerksamkeit des Hauses wie der Nation wesentlich auf den vom Grafen Guleburg ausgearbeiteten Entwurf der neuen Kreisordnung; daß weder die von der Thronrede angekündigten Heydt'schen Vorschläge zur Deckung des Deficits durch Erhöhung der directen Steuern, noch die im Cultusministerium vorbereiteten Schulgesetze irgend welche Aussicht auf Annahme hätten, wußte man in den Reihen der Conservativen ebenso genau, wie im Centrum und auf der Linken.

Es war unter solchen Umständen höchst begreiflich, daß die ersten Verhandlungen über die Kreisordnung wesentlich von der Stellung beeinflusst waren, welche die Demokratie und die Mittelparteien zu der Regierung überhaupt einnehmen. Wenn man sich auch nicht principiell gegen jede Annahme der vom Minister des Innern eingebrachten Vorlage entschieden hatte, so mußte man sich doch sagen, daß bei der zweifellosen Verwerfung der Vorlagen, auf welche die Thronrede das höchste Gewicht gelegt hatte, die amendirte Annahme eines Gesetzes nicht im Stande sein werde, die Lage zu verbessern. Und daß die Rücksicht auf den allgemeinen Charakter der inneren preußischen Politik bei der Behandlung jeder einzelnen Bill erheblich mitspricht, bestätigt jeder neue Tag — daß diese Rücksicht mitsprechen muß, ist die erste und nächste Folge der noch immer prekären Umstände des preußischen Verfassungslebens, der Hauptgrund dafür, daß jede Debatte, mag sie sich auch um die einfachsten technischen Fragen drehen, den Charakter eines Principienstreits annimmt.

Noch vor dem Schluß der General-Debatte über die Kreisordnung, grade in dem Augenblick, wo die Verstimmung über die traurigen Aspekte der Session diese zu verdüstern und ein engeres Verhältniß der National-liberalen zur Fortschrittspartei zu prognosticiren schien, trat Herr v. d. Heydt zurück, um dem bisherigen Präsidenten der Seehandlung Platz zu machen. Noch bevor Herr Otto Camphausen dem Hause sein Programm vorgelegt hatte, wußte man, daß der Schwerpunkt der Session aus den Vorlagen des Grafen Eulenburg in die Finanzangelegenheiten verlegt sei. Die Deckung des Deficits wurde wiederum zu einer Frage, was sie, so lange es sich um die Heydtschen Pläne gehandelt hatte, nicht gewesen war und gleich die erste Rede, mit welcher der Finanzminister vor das Haus trat, machte nach allen Seiten den besten Eindruck; selbst die Fortschrittspartei zeigte sich durch die Verheißung, daß eine Deckung ohne Steuerzuschlag in Aussicht genommen sei, freudig überrascht, zumal Herr Camphausen wiederholt betonte, daß die Dauer seiner Amtsführung von dem Vertrauen der Volksvertretung bestimmt sein werde.

Seit der detaillirteren Auseinandersetzung des Camphausen'schen Finanzplanes hat die Situation sich wiederum verändert. Schon die ersten Andeutungen über die Wege, welche der neue Finanzminister zu gehen gedenkt, sind von der Demokratie mit der Erklärung beantwortet worden, daß sie ihm auf dieselbe nicht zu folgen im Stande sein werde. Mit einer Schlagfertigkeit, die stark nach systematischer Opposition schmeckt, haben die Führer der Fortschrittspartei schon gegenwärtig sagen zu können geglaubt, daß die Consolidation der 4- und 4½procentigen Staatsschuld und die Beseitigung der jährlichen Amortisationspflicht nicht sowohl den Interessen des Staates und seiner Finanzen, als denen des Herrn Kriegsministers entsprechen werde, der seine Hand sofort auf die disponibel gewordenen Fonds legen und in den Stand gesetzt sein werde, noch ungenirter als bisher weiter zu wirthschaften. Die Antwort, in welcher Herr Camphausen auf die Nothwendigkeit hinwies, seinen Plan erst näherer Bekanntheit und sodann der Kritik zu unterwerfen, ist in der That die einzige, die den Herren gegeben werden konnte. Die Rede des Abg. Löwe, unseres Erachtens die bedeutendste, welche am zweiten Tage gehalten worden, stand zu dem Camphausen'schen Plane nur scheinbar in directer Beziehung, im Wesentlichen hatte sie es nur mit einer Kritik der früheren Verwaltung zu thun; die dieser nachgewiesene Unzuverlässigkeit rechtfertigt wohl das Verlangen nach einer genaueren Controle der Volksvertretung, hat mit der Sache selbst aber Nichts zu

thun. Bis jetzt ist der Camphausen'sche Plan nur seinen Umrissen nach bekannt und darum jedes Urtheil darüber ausgeschlossen, ob derselbe eine Einwirkung des Hauses auf die Ausführung zulassen oder ausschließen wird. Wohin die Fortschrittspartei eigentlich hinaus wollte, wurde erst durch die Rede des Abg. Virchow klar. Nicht nur daß dieselbe deutlich auf den zweiten Punkt der Tagesordnung, den Abrüstungs-Antrag, hinschielte, sie bewegte sich hauptsächlich um das aus dem Herrenhause satzsam bekannte Thema von dem schlechten Geschäft, das Preußen mit seiner nationalen Politik gemacht habe. Wir wollen dahin gestellt sein lassen, ob der Virchow'sche Antrag wirklich nur auf die nächsten Wahlen berechnet gewesen — die Rede desselben Abgeordneten über das Deficit sah einem Appel an jene partikularistische Bundesfeindschaft höchst ähnlich, welche bei allen vorgeschrittenen Demokratien, die Berlinische nicht ausgenommen, vorgefunden wird. Eine nationale Umwälzung von der Tragweite unserer letzten großen Revolution vom Standpunkte des „Geschäfts“ aus zu beurtheilen, ist eben nur in Deutschland möglich und zwar in dem Deutschland, daß seine Traditionen unter den verwirrenden Einflüssen ausbildete, welche hier der Bundestag, dort der kosmopolitische Radikalismus ausübte. Was das von Herrn Virchow verlesene Sündenregister früherer Jahre mit dem Camphausen'schen Finanzplane gemein hat, ließ sich schlechterdings nicht absehen und zu Expectorationen allgemeiner Art dürfte kein Augenblick weniger geeignet gewesen sein, als der, in welchem es sich um die Grundzüge des künftigen Finanzsystems für den preussischen Staat handelte. Was die Herren Richter und Löwe sagten, verließ mindestens nicht den Boden, auf welchem die gesammte Debatte stand, Herr Virchow's Vortrag bildete dagegen nur die Einleitung zu dem Antrage auf Abrüstung, der einige Stunden später zur Discussion kam.

Daß die nationalliberale Fraction (Herr Gumbrecht ging auch dieses Mal seine eigenen Wege) den Augenblick zu näherem Eingehen auf den Plan des Finanzministers noch nicht für gekommen hielt, daß sie es vielmehr den beiden extremen Parteien überließ, für und wider eine Maßregel zu reden, die kaum den Umrissen nach bekannt geworden, war nicht nur der Lage der Dinge, sondern zugleich der Stellung der Partei entsprechend, die sich den Beweis für die Regierungsfähigkeit des deutschen Liberalismus zur Hauptaufgabe gemacht hat. Sich von einem Minister sagen lassen zu müssen „Sie würden zweckmäßiger thun, erst wenn ich meine Maßregel formulirt habe, in eine Kritik derselben einzutreten“ — ist unseres Erachtens die peinlichste Lage, in welche practische Politiker überhaupt gerathen können. Mit richtigem Takt hatte der Abg. Lasfer sich darauf beschränkt, den Vorwurf zu widerlegen, der in Camphausen's Bemerkungen über die Neigung des Hauses zu Steuerverweigerungen lag. Was die Rede des Abg. Miquel anlangt, so ist zunächst zu constatiren, daß die Zeitungsberichte über dieselbe den Eindruck der Unvollständigkeit machen. Nach einzelnen Partien derselben zu urtheilen, war dieselbe wesentlich an die Adresse der schnellfertigen Oppositionsredner gerichtet, welche direct darauf hingearbeitet hatten, die erste günstige Wirkung, welche der neue Leiter der preussischen Finanzen gemacht hatte, wieder zu verwischen und die Mittelparteien unter dem Eindruck einer Art von Attentat auf das Controlrecht des Hauses zu stellen. Was der Redner von den nothwendigen materiellen Opfern sagte, welche eine große nationale Neugestaltung nothwendig in Anspruch nehme, bildete eine zu directe Antwort auf die Schadenstandsrechnung des Herrn Virchow, als daß der von gewisser Seite her erhobene Vorwurf schwindelhafter Ueberstürzung irgend gerechtfertigt erscheinen könnte. Daß das Sinken des Silbers indirect eine Ver-

minderung des Schuldenbestandes bewirke, wird an sich kaum zu befreiten sein und ist von dem Abgeordneten Miquel nur beiläufig, nicht als Argument für die Rathsamkeit der Schuldenconsolidirung angeführt worden. In der Hauptsache kam es darauf an, jeder vorzeitigen Beurtheilung, beziehungsweise Discreditirung eines Finanzplans abzuschneiden, dessen complicirter Charakter eine gründliche und objective Prüfung fordert — nicht nur im Interesse der Sache, sondern zugleich im Interesse der liberalen Partei fordert. Soll diese Partei mündig werden, so muß sie sich vor Allem von dem Vorwurf doctrinärer Unwissenheit frei halten und durch die That beweisen, daß die Zeiten vorüber sind, wo jeder neue Gesetzesvorschlag vornehmlich nach der Gelegenheit beurtheilt wurde, den er zu der Erörterung „unveräußerlicher“ Principien darbot. Die Nothwendigkeit, eine Maßregel von der Tragweite der projectirten Schuldenconsolidirung durch die Volksvertretung im Einzelnen zu überwachen, wird am erfolgreichsten geltend gemacht, wenn die Argumente für diese Ueberwachung aus der Sache selbst, nicht aus „Principien“ abgeleitet wird, deren Verhältniß zu der obschwebenden Frage noch gar nicht deutlich festgestellt ist. Jede vorzeitige Aeußerung zur Sache schwächt im Voraus das Gewicht dessen ab, was gesagt werden wird und gesagt werden muß, wenn formulirte Vorschläge vorliegen.

Die Sitzung, welche die Verhandlungen über die künftige preussische Finanzpolitik eröffnete, begrub zugleich den vielbesprochenen Abrüstungsantrag des Abg. Virchow. Selbst in den Reihen der Fraction, welche diesen Antrag unterstüzt hatte, scheint der Eifer für denselben nicht allzugroß gewesen zu sein, denn außer dem Antragsteller hatte sich kein Redner für die Forderung einschreiben lassen, die Waffen völlig aus der Hand zu legen, weil ihre Benutzung während der nächsten Monate unwahrscheinlich geworden. Die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu den Nachbarstaaten sind schon seit Jahr und Tag so beschaffen, daß eine directe Kriegsgefahr nicht vorliegt, und wenn es lediglich die Furcht vor Angriffen auf unseren gegenwärtigen Besitzstand wäre, welche die Erhaltung einer starken Kriegsmacht rechtfertigt, so hätte die Flinte schon vor sechs Monaten in's Korn geworfen werden können. Zu den Staaten, welche nach des Antragstellers Bezeichnung „mit ihrer inneren Entwicklung zu thun haben, um die Fortschritte der Cultur und Freiheit zu sichern“, gehört aber auch der deutsche und die Freiheit dieser „inneren Entwicklung“ ist uns nur „gesichert“, wenn man uns fürchtet. Den Charakter eines Definitivums hat die gegenwärtige europäische Lage noch lange nicht angenommen, — sie wird diesen Charakter auch erst annehmen, wenn die deutschen Dinge eine „definitive“ Gestalt angenommen haben und so weit sind wir noch lange nicht; diesem Ziel stehen wir heute sogar noch ferner, als in den Wochen, welche das Abkommen über einen bis zum Jahre 1871 unveränderlichen Militäretat schufen.

Glücklicher Weise ist eine Heranziehung dieser Gesichtspunkte für die Antwort, welche Herr Lascker dem Abgeordneten Virchow gab, gar nicht nöthig gewesen, die einfache Berufung auf die Unantastbarkeit der geschlossenen Vereinbarung genügte. Diese Berufung wurde so klug und so energisch ausgesprochen, daß sich trotz der abgelehnten motivirten Tagesordnung behaupten läßt, sie sei im Wesentlichen nur der Ausdruck dessen gewesen, was das Land, was die große Mehrzahl aller Deutschen über die Opfer denkt, welche den Errungenschaften von 1866 gebracht werden müssen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Ehardt**.
Verlag von **F. Verbig**. — Druck von **Güthel & Wegler** in Leipzig.